



Dr. Edgar Franke

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

08. November 2024

08. November 2024

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

<http://www.edgarfranke.de>
www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Aus Wahlkreis und Heimat

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser!

Was war das für eine Woche?

Letztlich war zumindest der Zeitpunkt des Bruchs der Ampelkoalition für mich doch überraschend.

Ich saß am Mittwochabend mit dem Schlafanzug vor dem Fernseher als ich den Anruf bekam, dass um 22.30 Uhr eine außerordentliche Sitzung der SPD-Fraktion im Bundestag anberaumt werden würde.

Olaf Scholz begründete am Donnerstagabend in der Fraktion nochmals, warum er Finanzminister Christian Lindner entlassen habe. Zu oft habe er Gesetze sachfremd blockiert, kleinkariert parteipolitisch taktiert und damit sein Vertrauen gebrochen.

Er erläuterte ferner, wie der weitere zeitliche Ablauf bis zu den Neuwahlen im März ablaufen werde. In den Sitzungswochen des Bundestages bis Weihnachten werde er alle Gesetze zur Abstimmung stellen, die keinen Aufschub duldeten. Außerdem müßte den Kandidaten für die Bundestagswahl noch genügend Zeit gelassen werden, die jeweiligen Wahl-Konferenzen fristgerecht abhalten zu können, sodass erst am 15. Januar 2025 die Vertrauensfrage gestellt und damit letztlich die Neuwahlen eingeleitet werden könne.

Es sei aber im Interesse des Landes, schnell Stabilität und Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und damit nach unserer Verfassung 60 Tage nach diesem Datum eine Bundestagswahl abzuhalten.

Euer und Ihr



Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Ampelkoalition zerbrochen

Edgar Franke im Interview mit Maya Yüce von der Hessisch-Niedersächsischen-Allgemeinen (HNA)

Wie bewerten Sie das Ampel-Aus? War dies für Sie absehbar, oder kam die Entscheidung überraschend?

Ich denke, dass der letztliche Zeitpunkt schon überraschend ist. Aber der Bruch der Ampelkoalition ist notwendige Folge des Verhaltens der FDP. Mit Christian Lindner war es nicht mehr möglich, in gemeinsamer Verantwortung für das Land zu handeln und Stabilität und Sicherheit in unsicheren Zeiten zu geben.

Ernsthafte Regierungsarbeit war nach dem provokanten Wirtschaftspapier von Lindner

schon nicht mehr möglich. Das Vertrauensverhältnis zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz und Finanzminister Christian Lindner war damit endgültig zerstört. Denn Lindner ging es vorrangig nur um die eigene Klientel und um das kurzfristige Überleben der eigenen Partei.

Der Wille Lindners für eine Fortsetzung der gemeinsamen Koalition war da schon nicht mehr gegeben, insofern war das Ampel-Aus absehbar.

Welche Auswirkungen hat der Koalitionsbruch auf die politische Stabilität in Deutschland?

Direkte Folge des Ausscheidens der FDP-Fraktion aus der Bundesregierung ist zunächst, dass in einer Minderheitsregierung weiterregiert wird. Dies ist keine einfache Konstellation, weil wir für die politisch dringenden Vorhaben nun auf die Unterstützung und das politische



Bundeskanzler Olaf Scholz erläutert die Entlassungsentscheidung vor der SPD Bundestagsfraktion.



Verantwortungsbewusstsein der parlamentarischen Opposition angewiesen sind. Gleichzeitig handelt es sich um eine Konstellation, die in anderen Ländern wie Italien oder Belgien regelmäßig vorkommt.



Am Morgen danach: Journalisten vor dem Bundeskanzleramt.

Langfristig dürfte die Entlassung von Finanzminister Christian Lindner die politische Stabilität aber stärken. Lindner hat es mit seiner politischen Blockadehaltung immer wieder versucht – wie der Bundeskanzler gesagt hat, „innere, äußere, soziale und wirtschaftliche Sicherheit gegeneinander auszuspielen“. Dadurch wurde unser Land destabilisiert. Lindners Weigerung, ausreichende Zukunftsinvestitionen zu finanzieren und seine Bestrebungen den sozialen Ausgleich,

faire Löhne und sichere Renten in Frage zu stellen, kann ich nur als verantwortungslos bezeichnen.

Scholz wird das Land jetzt in geordnete Neuwahlen führen und dadurch können wir politische Stabilität erreichen. Gerade angesichts der geopolitischen Lage mit den Kriegen in Nahost und der Ukraine und der erneuten Präsidentschaft Trumps ist es umso wichtiger, dass wir als Gesellschaft zusammenstehen und die Ärmel hochkrepeln. Wir müssen die noch bestehende Lücke im Bundeshaushalt schließen und starke Signale für mehr Wirtschaftswachstum senden.

Sehen Sie die angekündigten Neuwahlen eher als Chance oder als Gefahr?

Der Bundeskanzler will am 15. Januar im Bundestag die Vertrauensfrage stellen. Damit würden voraussichtlich im März kommenden Jahres Neuwahlen stattfinden. Ich denke, dass Neuwahlen eine klare Chance sind: Eine Chance für mehr Stabilität und mehr Wachstum. Und auch eine Chance für die SPD.

Vor allem bei der Wirtschaftspolitik als auch in der Haushalts- und Finanzpolitik ist die Mehrheit der Wählerinnen unzufrieden mit der Arbeit der Ampel. Ich denke, dass Neuwahlen für die SPD die Möglichkeit bieten können, gerade in diesen Bereichen nachzulegen. Wenn



wir die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen an den tatsächlichen Herausforderungen orientieren und einzelne Fehlstellungen der Schuldenbremse korrigieren, können wir den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder stärken und den Menschen die Sorgen nehmen, dass sie ihren Lebensstandard in Zukunft nicht mehr halten oder ihren Arbeitsplatz verlieren könnten.

Mit Jörg Kukies, seinem wirtschaftswissenschaftlichen Berater und Staatssekretär im Bundeskanzleramt als neuen Bundesfinanzminister, nimmt der Bundeskanzler die Zügel der Finanzpolitik fest in die Hand.

Wie reagiert Ihre Wählerschaft? Glauben Sie, dass dieser Schritt auf Verständnis trifft, oder befürchten Sie eher Enttäuschung und Verunsicherung?

Die Entscheidung, den Finanzminister zu entlassen und ohne die FDP weiter zu regieren, trifft bei der Wählerschaft und vor allem bei den Parteimitgliedern auf großes Verständnis. Die Zeit der Verunsicherung und Enttäuschung könnte nun mit einem starken Kanzler Scholz vorbei sein. Viele Menschen aus dem Wahlkreis empfanden, dass der Kanzler einen souveränen und guten Auftritt gezeigt hat, wie viele mir geschrieben haben.



Mit meiner Kollegin Sabine Dittmar, ebenfalls Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, auf dem Weg zur Lagebesprechung im Kanzleramt.

Wie sehen Sie die politischen Perspektiven für die nächste Zeit? In welchen Bereichen befürchten Sie Stillstand oder Rückschritte?

Die fehlenden Haushaltsmittel stellen vieles in Frage. Als Gesundheitspolitiker weiß ich um die Finanzierungsprobleme vieler Krankenhäuser und der Pflegekassen. Auch wenn es gelingt, Zukunftsinvestitionen zu initiieren und zu leisten - damit werden diese Probleme nicht behoben werden. Dennoch müssen wir unsere Reformpolitik fortsetzen, gerade um den Gesundheitsbereich zukunftsfest zu machen. Auch deshalb sollten wir die Zeit bis zur Stellung der Vertrauensfrage nutzen und nicht übereilt

Neuwahlen anstreben, wie es die Unionsparteien fordern.



Was halten Sie in der aktuellen Situation für den besten Weg, um Stabilität und Fortschritt für Deutschland zu sichern? Gibt es Alternativen, die Sie persönlich bevorzugen würden?

In den kommenden Wochen stehen dazu wichtige Entscheidungen an. Bei der SPD dürfte nach dem starken Auftritt des Kanzlers kein Zweifel mehr daran bestehen, dass sie mit Scholz in den Wahlkampf zieht. Erst recht, wenn er weiter Führungsstärke zeigt.

Scholz will wichtige Gesetze, die keinen Aufschub dulden, noch bis Jahresende zur Abstimmung im Bundestag stellen. Es geht um den Abbau der sogenannten kalten Progression, damit die Bürger mehr Netto vom Brutto hätten, es geht um die Stabilisierung der Rente und es geht vor allem um notwendige Sofortmaßnahmen für die Industrie.

Und Deutschland muss wieder der Stabilitätsanker mit klarer Führungsrolle in Europa sein. Wir stehen nun spätestens nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen vor der großen Herausforderung, die Eurozone zusammenzuhalten.



Die Uhr tickt auf dem Kabinetttisch im Kanzleramt: Bei der Lagebesprechung der Staatssekretäre im Bundeskanzleramt am Donnerstagmorgen.

Wie schätzen Sie die angekündigte Vertrauensfrage des Kanzlers ein? Was erwarten Sie von diesem Schritt, und welche politischen Folgen könnte er Ihrer Meinung nach haben?

Bundeskanzler Olaf Scholz hat einen Zeitplan für die kommenden Monate vorgegeben. Die Regierung wird in den kommenden Wochen und Monaten weiter ihre Arbeit machen und notwendige Vorhaben auf den Weg bringen.

Damit ist gerade ein geordneter Übergang möglich und soll in diesen unsicheren Zeiten Stabilität geben. Die Bürgerinnen und Bürger bekommen dann die Gelegenheit, neu zu entscheiden, wie es weitergehen soll, wie es Scholz betont hat.



Für ein starkes Handwerk in Deutschland

Mit über einer Million Betrieben und 5,6 Millionen Beschäftigten ist das Handwerk ein wichtiger Pfeiler unserer Wirtschaft. Ein starkes Handwerk braucht bessere Rahmenbedingungen, vor allem bei der Suche nach Fach- und Nachwuchskräften, beim Abbau von Bürokratie und bei bezahlbarer Energie.



Der Antrag der Ampelfraktionen „Für ein starkes Handwerk in Deutschland – Talente fördern und bessere Rahmenbedingungen schaffen“ wurde in dieser Woche erstmals im Deutschen Bundestag beraten. In dem Antrag wird auf schon umgesetzte Projekte hingewiesen, aber gleichzeitig der weitere Handlungsbedarf betont.

So fordern sie von der Bundesregierung, die Fachkräftegewinnung für das Handwerk im In- und Ausland noch besser zu unterstützen. Notwendig dafür ist die bessere Begleitung der Unternehmen von der Beantragung des Visums und der Einreise bis hin zur erfolgreichen Integration in Betrieb und Gesellschaft. Arbeit und Sprachkurse müssen besser abgestimmt und dafür mehr Teilzeit ermöglicht werden. Menschen mit Migrationsgeschichte sollen im Ausbildungsmarkt mit einer Förderinitiative gestärkt werden. So können Kooperationen zwischen Schulen und Ausbildungsbetrieben gestärkt werden. Die Wohn- und Mobilitätsangebote für Auszubildende, wie mit dem Programm „Junges Wohnen“ begonnen, sollen weiter verbessert werden.

Ein wichtiges Ziel ist es, mehr Menschen davon zu überzeugen, eine Karriere im Handwerk zu starten. Gerade auf dem Land braucht es attraktive Wohn- und Mobilitätsangebote, damit der Weg zur Ausbildung wortwörtlich leichter fällt. Schulen sollten bei der Berufsorientierung stärker mit der ansässigen Wirtschaft zusammenarbeiten, um auf konkrete Ausbildungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen. Ebenfalls wichtig ist, die Handwerksbetriebe noch zielgenauer bei der Integration von Fachkräften aus dem Ausland zu unterstützen. Für die Arbeits- und Fachkräfte, die schon in Deutschland sind, wollen wir das Angebot an Sprachkursen verbessern, sodass Spracherwerb und Arbeit Hand in Hand gehen können. Um noch mehr Frauen für das Handwerk zu gewinnen, wollen wir unter anderem den Anspruch auf Mutterschutzleistungen ausweiten.



Gesundheitspolitik

Mit einer verbesserten Früherkennung und Versorgung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen will die Bundesregierung die Herzgesundheit stärken. Den dazu vorgelegten **Gesetzentwurf zur Stärkung der Herzgesundheit (Gesundes-Herz-Gesetz – GHG) (20/13094)** beriet der Bundestag diese Woche in 1. Lesung.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind die häufigste Todesursache in Deutschland. Sie verursachen laut Robert-Koch-Institut (RKI) etwa 40 Prozent aller Todesfälle. Dabei lassen sich Risikofaktoren wie Bluthochdruck, Diabetes und Übergewicht durch Bewegung und gesunde Ernährung positiv beeinflussen. Es gibt aber auch vererbte Risikofaktoren, die es früher zu erkennen und zu bekämpfen gilt.



Konkret geplant ist die Verbesserung der Früherkennung bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Der Gesetzentwurf sieht vor,

- dass Kinder ab fünf Jahren auf eine Fettstoffwechselerkrankung untersucht werden sollen. Diese angeborene, individuell nicht beeinflussbare Krankheit birgt ein sehr hohes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen im jungen Erwachsenenalter. Betroffenen Kindern können dann Cholesterinsenker verschrieben werden (sogenannte Statine).
- dass Jugendliche zwischen zwölf und 14 Jahren verpflichtend zur Jugendgesundheitsuntersuchung („J1“) eingeladen werden sollen, um sie zu Risikoverhalten wie Rauchen aufzuklären und um Übergewicht, Bewegungsmangel oder Haltungstörungen festzustellen.
- Dass für Erwachsene regelmäßige Check-ups für Herz-Kreislauf-Erkrankungen im Alter von 25, 40 und 50 Jahren eingeführt werden. Gesetzlich Versicherte erhalten hierfür von ihrer Krankenkasse Gutscheine für eine erweiterte Beratung mit Messungen zu Risikofaktoren in Apotheken.

Zudem wird der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) damit beauftragt, ein Programm für Versicherte mit einem hohen Risiko für eine Herz-Kreislauf-Erkrankung zu beschließen und die Krankenkassen verpflichtet, solche Programme anzubieten.



Cholesterinsenker können in vielen Fällen das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen senken und die Lebenserwartung verlängern. Deshalb wird klargestellt, dass ein gesetzlicher Anspruch auf diese Medikamente besteht. Zudem wird der Anspruch auf Medikamente zur Tabakentwöhnung ausgeweitet: Er ist künftig nicht nur auf eine schwere Tabakabhängigkeit beschränkt und wird öfter als alle drei Jahre finanziert. Denn Rauchen schädigt die Herzmuskulatur und ist einer der Hauptrisikofaktoren für Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Kritik am Gesetzesvorhaben

Im parlamentarischen Prozess wird sich der Bundestag auch mit der Kritik am Gesetzesvorhaben noch auseinandersetzen. Kritisch geäußert haben sich die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), die großen Sportverbände und Verbände der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Kritisiert wird vor allem „das Ausspielen von Präventionskursen und Medikamentengabe“.

So würden Arzneimittelverschreibungen zur Tabakentwöhnung, Verordnung von Statinen, Früherkennung und ärztliche Präventionsempfehlungen auf die für die Primärprävention zur Verfügung stehenden Mittel angerechnet werden, denn geplant ist, die neuen Maßnahmen aus dem Präventionstopf zu finanzieren. Dieses Geld fehle de facto dann im Präventionsangebot, so die Kritiker der geplanten Regelung.

Wenn diese Pläne tatsächlich umgesetzt werden, ist das bestehende Angebot von Präventions- und Gesundheitskursen der gesetzlichen Krankenkassen und damit die Kurse vieler Sportvereine für Erwachsene, Kinder und Jugendliche akut gefährdet.

Das Ministerium beabsichtigt, die Prävention zielgerichteter zu gestalten und wird die Anregungen im weiteren Gesetzgebungsverfahren konstruktiv aufnehmen.

Deutscher Bundestag
20. Wahlperiode

Drucksache 20/13094
30.09.2024

Gesetzesentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Herzgesundheit
(Gesundes-Herz-Gesetz – GHG)

A. Problem und Ziel

Deutschland gibt so viel Geld wie kein anderes Land in der Europäischen Union (EU) im Bereich Gesundheit aus. Im Jahr 2021 lagen die Gesundheitsausgaben Deutschlands mit über 5 000 Euro pro Kopf deutlich über dem EU-Durchschnitt in Höhe von rund 4 000 Euro (OECD/European Observatory on Health Systems and Policies (2023), Deutschland: Ländergesundheitsprofil 2023, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/7fd88e75.de>).

Trotzdem liegt die Lebenserwartung in Deutschland mit 80,6 Jahren im Jahr 2022 deutlich unterhalb der Lebenserwartung anderer westeuropäischer Länder. Der Rückstand Deutschlands auf die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt im restlichen Westeuropa beträgt 1,7 Jahre (vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung). Dies wird insbesondere auf die kardiovaskuläre Sterblichkeit zurückgeführt. Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind hierzulande die häufigste Todesursache, die im Jahr 2021 ein Drittel aller Todesfälle umfasste. Im Vergleich zu anderen westlichen Industrienationen hat Deutschland eine der höchsten altersstandardisierten Sterblichkeitsraten durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Mit rund 57 Milliarden Euro verursachten Krankheiten des Kreislaufsystems im Jahr 2020 die höchsten Kosten für das Gesundheitssystem in Deutschland. Aufgrund ihrer Häufigkeit und ihrer hohen Krankheitslast haben Herz-Kreislauf-Erkrankungen eine zentrale bevölkerungsmedizinische und gesundheitspolitische Bedeutung.

Ziel des Gesetzesentwurfs ist es, durch ein Bündel an Maßnahmen die Früherkennung und die Versorgung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu verbessern und so die Herz-Kreislauf-Gesundheit in der Bevölkerung zu stärken.



Aus Wahlkreis und Heimat

Bundesmittel für Projekt der Gedenkstätte Breitenau

In der 2. Förderrunde der Förderlinie „JUGEND erinnert vor Ort“ fließen Fördermittel des Bundes für ein Projekt der Gedenkstätte Breitenau (Verein zur Förderung der Gedenkstätte und des Archivs Breitenau e.V.) in Guxhagen in Höhe von 145.566,00 EURO.

Das Projekt „BreiteNOW: Was muss ein Ort erzählen?“ ist ein partizipatives, außerschulisches Projekt mit Jugendlichen mit Fluchthintergrund, mit und ohne Migrationsgeschichte aus lokalen Strukturen. Im Projekt ist eine Kooperation zwischen der Gemeinde Guxhagen, insbesondere der Jugendpflege, der evangelischen Kirchengemeinde Guxhagen und der Integrierten Gesamtschule Guxhagen vorgesehen.



Ansicht des Mittelschiffs, wo die KZ-Gefangenen untergebracht waren, um 1920 (Bildarchiv Foto Marburg, fm7.018).

Jugendliche erschließen im Rahmen des Projektes den historischen Ort Breitenau in digitalen Ausstellungsmodulen. Ihre Ideen und Formate werden auch Eingang finden in die Neukonzeption der Gedenkstätte. Ziel des Projektes ist es, die Jugendlichen zu Experten ihrer Themen zu befähigen und ihnen über die Aneignung historischen Wissens auch Kompetenzen zu vermitteln.

Dr. Edgar Franke: „Wir müssen die Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Holocaust wachhalten, auch um unsere Demokratie zu stärken. Wir brauchen dazu die Erinnerungsarbeit vor Ort. Die Zusammenarbeit zwischen der Gedenkstätte Breitenau, der Gemeinde Guxhagen, der evangelischen Kirchengemeinde Guxhagen und der Integrierten Gesamtschule IGS Guxhagen ist vorbildhaft.“

Der „Verein zur Förderung der Gedenkstätte und des Archivs Breitenau e.V.“ wurde 1986 gegründet und ist seitdem Träger der Gedenkstätte Breitenau. Der Zweck des Vereins ist es, die Erinnerung an die Geschehnisse in Breitenau wachzuhalten und die Auseinandersetzung mit dem KZ und dem Gestapo-Straflager Breitenau zu ermöglichen.



Sören Gonther beim Sportempfang der SPD-Bundestagsfraktion

Beim Sportempfang der SPD-Bundestagsfraktion in dieser Woche wurde darüber diskutiert, wie Breitensport und Spitzensport voneinander profitieren können. Als nordhessischer Teilnehmer hatte Edgar Franke den aus Schrecksbach stammenden Sören Gonther eingeladen. Der frühere Fußball-Zweitligaprofi Gonther ist Geschäftsführer Sport und Finanzen des KSV Hessen Kassel.

In diesem Jahr hat der Sport die Menschen auf besondere Weise bewegt. Die Fußball-Europameisterschaft, Olympia und die Paralympics haben Millionen begeistert und gezeigt, welche Kraft der Sport entfalten kann. So war die Ehrung von Medaillengewinnern der Olympischen und der Paralympischen Spiele 2024 in Paris ein Highlight der Veranstaltung.



Mit Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesinnenministerin Nancy Faeser wurden auf dem Sportempfang die Chancen und Herausforderungen der deutschen Sportlandschaft beleuchtet. Dabei betonte Bundeskanzler Scholz, dass es das Gefühl des gemeinsamen Anpackens, des Stolzes und der Freude über das Erreichte auch über den Sport hinaus brauche. „Aber – und das sage ich hier auch sehr gern

– kaum irgendwo wird dieses Gefühl besser transportiert als im Sport. Denn es stimmt, er verbindet, über alle sozialen, kulturellen und sprachlichen Unterschiede hinweg“, so Scholz. Der Kanzler sprach neben dem Spitzensport auch über den Breitensport – und dankte allen Personen, die sich in der Förderung und Unterstützung des Sportes einsetzen.

Edgar Franke begleitete Sören Gonther (im Bild links neben Franke) auf den

Empfang, nachdem er ihn im Bundesgesundheitsministerium begrüßen konnte. So kam Gonther mit wichtigen Persönlichkeiten des Sports und der Sportpolitik in Kontakt.





Der Empfang habe das Ziel, Breiten- und Spitzensport zusammenzubringen, so die für die Sportpolitik des Bundes zuständige Bundesinnenministerin Nancy Faeser (im Bild links). Auch politisch werde aktuell an beiden Ebenen gearbeitet. Der „Entwicklungsplan Sport“ stehe in den Startlöchern. Er solle den Breitensport stärken. Zudem sei das Sportfördergesetz in Arbeit, das die Spitzenförderung auf neue Füße stelle.

Mit der Verpflichtung von Sören Gonther wollte der KSV Hessen die Voraussetzungen schaffen, um ihr Netzwerk im Fußball auszubauen sowie die sportliche Philosophie

weiterzuentwickeln, um mittel- und langfristig sportlich ambitionierte Ziele angehen zu können.

Im Gespräch mit Bernd Neuendorf, dem Präsidenten des Deutschen Fußball-Bundes (DFB – im Bild links), knüpfte

Gonther entsprechend an seinem Netzwerk. Bild rechts: Sören Gonther mit Bundeskanzler Olaf Scholz.



Hintergrund: Gonther spielte in der Jugend für Jahn Treysa, den VfB Schrecksbach und den KSV Hessen Kassel. Von 2004 bis 2007 spielte er beim KSV Baunatal in der Oberliga Hessen. Zur Saison 2007/08 wechselte er zum Zweitligisten SC Paderborn 07. Weitere Zweitligistationen waren St. Pauli, Dynamo Dresden und Erzgebirge Aue.



**Besuch der Bezirksvorsitzenden der
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer
Frauen, Monika Vaupel, im
Bundesministerium für Gesundheit**

Anlässlich einer Bundesausschusssitzung der ASF in Berlin wurden Fragen der flächendeckenden Gesundheitsversorgung und insbesondere besprochen, wie man Hebammen - gerade auf dem Land - stärken.

Monika Vaupel ist Diplom-Verwaltungswirtin und war Personalsachbearbeiterin beim staatlichen Schulamt. Sie ist seit 1997 Kreistagsabgeordnete mit den Schwerpunkten Bildungs-, Familien und Gleichstellungspolitik. In der SPD arbeitet sie als stellvertretende Parteivorsitzende im Schwalm Eder-Kreis und als Bezirksvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.



Sie wurde bei lediglich 2 Nein-Stimmen wieder zur Bezirksvorsitzenden der ASF-Hessen-Nord gewählt. Das Bild zeigt sie inmitten der Delegierten.



Nachfolge bahnt sich an - Neuentaler Bürgermeister kündigt Kandidatur für den Deutschen Bundestag an

Neuentals Bürgermeister, **Dr. Philipp Rottwilm**, bewirbt sich um die Nachfolge von Edgar Franke, der sich nach vielen Jahren im Bundestag nicht mehr zur Wahl stellt. Rottwilm, SPD-Unterbezirksvorsitzender in Schwalm-Eder und stellvertretende SPD-Landesvorsitzender, hat offiziell seine Kandidatur für den Wahlkreis Schwalm-Eder/Frankenberg angekündigt.

In seinem persönlichen Schreiben an die SPD-Mitglieder begründet er seine Kandidatur: „Meine politische Arbeit und mein Engagement für unsere Region prägen mich seit Jahren“, so Rottwilm. Starke Gemeinschaften brauchen starke Stimmen, ergänzt er. Als eine solche verstehe er sich.

Weiter heißt es,

„ ... vor einem Monat hat unser langjähriger Bundestagsabgeordneter Dr. Edgar Franke angekündigt, bei der anstehenden Bundestagswahl nicht noch einmal zur Verfügung zu stehen. Ich möchte Euch heute um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung bitten, als Euer Kandidat im Wahlkreis Schwalm-Eder/Frankenberg bei der nächsten Bundestagswahl anzutreten.



Wir leben aktuell in bewegenden Zeiten: Nach der Pandemie bereiten nun Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, die hohen Energie- und Baupreise, Inflation und Rezession vielen Bürgern Sorge. Und es trifft auch unsere heimische Wirtschaft: VW, Wintershall, SMA und weitere auch kleinere und mittlere Unternehmen sind betroffen und die Konsequenzen für Nordhessen bedrohlich. Wir müssen hier gemeinsam für den Erhalt der Arbeitsplätze kämpfen. Die wirtschaftliche Lage hat weiterhin direkte Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte – Bund, Land und Kommunen müssen sparen, und die „Verteilungskämpfe“ werden größer.



Gleichzeitig müssen wir unser Land modernisieren: Wir brauchen einerseits eine solide Energiepolitik, Bürokratieabbau und eine Fachkräfte-Offensive, andererseits einen Schub bei Digitalisierung, Infrastruktur und stärkere Unterstützung der Kommunen und des ländlichen Raums. Wir brauchen aktuell nicht weniger, sondern mehr langfristige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur – in Straßen, Bahnhöfe, 5G, ÖPNV und Glasfaser. Das wird nur mit einer Reform der Schuldenbremse möglich sein!

Des Weiteren kommen mit Migration, Demographie und Klimawandel weitere enorme Herausforderungen für unser Land hinzu. Es ist mehr Integration, eine Reform unseres Rentensystems und der konsequente Umstieg auf Erneuerbare Energien mit einem realistischen Umbauplan notwendig.

Währenddessen verändern populistische Parteien an den Rändern, wie die AfD und das BSW, die Parteienlandschaft. Wir sind Angriffen auf unsere Demokratie ausgesetzt, welche wir kraftvoll jeden Tag gemeinsam vehement verteidigen müssen.

Ihr seht, es ist sehr viel zu tun. Ich bin zuversichtlich, dass wir stark genug sind, diese Herausforderungen gemeinsam zu bestehen und würde gerne meinen Teil dazu beitragen.“

Hintergrund

Philipp Rottwilm, 40 Jahre alt, hat sich bis an die Spitze der SPD Schwalm-Eder und in den Landesvorstand der SPD gearbeitet. Er ist Mitglied des Kreistages des Schwalm-Eder-Kreises und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Seit 2019 ist er Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Hessen Nord, seit 2021 ist er Unterbezirksvorsitzender der SPD Schwalm-Eder und seit diesem Jahr stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Hessen.

Er ist seit 2018 Bürgermeister der Gemeinde Neuental. 2023 hat er ein grossartiges Ergebnis von über 80% bei der Bürgermeisterwahl 2023 erzielt und wurde damit im Amt bestätigt. Neben seiner Arbeit als Bürgermeister engagiert er sich seit Jahren ehrenamtlich in sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Vereinen und Verbänden der Region.



Bilder der Woche

Der palästinensische Botschafter in Deutschland, **Laith Arafeh** (im Bild Zweiter von links), beim Antrittsbesuch im Bundesgesundheitsministerium (BMG). Gemeinsam mit seinem Zweiten Sekretär, Rami Iriqat (im Bild links), kam er zum Kennenlerngespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Edgar Franke zusammen.



Bild links: Im Gespräch mit **Bärbel Bas** am Rande der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion.

Bärbel Bas ist wie Edgar Franke seit der Bundestagswahl 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie ist seit dem 26. Oktober 2021 die Präsidentin des Deutschen Bundestages.



Eigentlich sollte der 31.10. der letzte Tag unserer Praktikantin **Pauline Fritz** im Bundestagsbüro sein (im Bild rechts unterwegs mit Edgar Franke).

Sie hatte noch zu Beginn ihres Praktikums gesagt, dass sie gespannt darauf sei, welche Aufgaben und Erlebnisse sie erwarten und welche Einblicke sie in die politische Praxis gewinnen kann. Nach dem

vorübergehenden Ausfalls des Büroleiters, hatte sie allerhand zu erledigen und begleitete den Abgeordneten und Staatssekretär bei vielen Terminen. Wir freuen uns, dass sie uns nun noch bis Weihnachten unterstützen wird.



Sozialdemokratische Kommunalpolitiker unter der Führung unseres Altbürgermeisters **Herbert Vaupel** in Berlin mit dem ehemaligen Habichtswalder Bürgermeister, **Wolfgang Asshauer** sowie Hartmut Vogt und Rainer Gutenberg im Gespräch beim Mittagessen mit **Sören Gonther** und Edgar Franke.



Während seiner Hochzeitsreise getroffen:
Europaabgeordneter und
stellvertretender Bundesvorsitzender der
Freien Wähler, MdEP **Engin Eroglou**.

Eroglou wurde in Schwalmstadt geboren
und war wie Franke früher Mitglied des
Kreistages des Schwalm-Eder-Kreises.

IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurzgehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Thomas Köhler/photothek.net, Seiten 3 bis 6 Edgar Franke, Seite 7 Image by [Moondance](#) from [Pixabay](#), Seite 8 Image by [Myriams-Fotos](#) from [Pixabay](#), Seite 9 Bundestagsdrucksache [20/13094](#), Seite 10 Bildarchiv Foto Marburg, fm7.018 siehe <https://gedenkstaette-breitenau.de/historischer-ort/konzentrationslager-breitenau>, Seiten 11 bis 13 Edgar Franke, Seite 14 Barbara Schneider, Seiten 15 bis 18 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.